

mit dem Aids-Virus unwissend bleiben. Gerade diese Unwissenheit aber leistet der Verbreitung des Virus weiteren Vorschub. -st-

Außenwirtschaft

* (22)

Aufwind für Deutsch-Chinesische Wirtschaftsbeziehungen

Durch den Beschluß des Bundestages vom 24.6.92 werden die Beschränkungen in der entwicklungspolitischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zunächst für ein halbes Jahr bis Ende 1992 aufgehoben. Dies schafft die Voraussetzung für die Abwicklung eines Schiffsbaugeschäftes zwischen der chinesischen staatlichen Reederei Cosco und einem deutschen Werftenkonsortium.

Der Auftrag der Staatsreederei Cosco sieht die Lieferung von vier Containerschiffen vor. Zwei dieser Schiffe werden von einer ostdeutschen Werft in Wismar und jeweils ein Schiff vom Bremer Vulkan und von der Howaldtswerke-Deutsche Werft in Kiel gebaut. Der Auftragswert umfaßt 800 Mio.DM, und für drei Containerschiffe mit einem Auftragswert von 600 Mio.DM ist ein zinsgünstiger Kredit in Höhe von rund 200 Mio.DM aus dem Etat für die Werftenhilfe des Bundeswirtschaftsministeriums vorgesehen. Die Aussetzung des Bundestagsbeschlusses ermöglichte die Zustimmung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) zur Vergabe dieser Subvention, die als 'entwicklungspolitisch sinnvoll' eingestuft werden mußte. (FAZ, 26.6.92)

Der befristeten Aufhebung des Bundestagsbeschlusses war eine längere Kontroverse vorausgegangen, ob die deutsche Wirtschaft im China-Geschäft nicht gegenüber der ausländischen Konkurrenz benachteiligt sei, da andere europäische Staaten bereits seit längerer Zeit ihre wirtschaftlichen Sanktionen beendet hätten. Der Bundestagsbeschluß von 1989 sieht bekanntlich Beschränkungen auf solche entwicklungspolitischen Projekte vor, die ausschließlich dem Umweltschutz,

der Förderung der Wirtschaftsreformen und direkt der chinesischen Bevölkerung dienen. (NZZ, 12.3.92) Daß diese Diskussion noch nicht abgeschlossen ist, zeigt auch das namentliche Abstimmungsergebnis im Bundestag, bei dem ebenfalls Mitglieder der Unionsfraktion zu den 197 Abgeordneten zählten, die gegen die zeitlich befristete Aufhebung des Beschlusses stimmten. Für eine Aufhebung votierten 259 Abgeordnete, 17 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. (FAZ, 26.6.92) Die Aufhebung des Bundestagsbeschlusses wurde auch vom neuen Außenminister Klaus Kinkel unterstützt, der auf die wachsende Bedeutung Chinas in der Weltwirtschaft hinwies und auf die Notwendigkeit für die deutsche Exportwirtschaft, den Zugang zum chinesischen Markt aufrecht zu erhalten. Der kritische Dialog um die Menschenrechte, so Kinkel, solle mit Anreizen zu weiteren Öffnungen in China verbunden werden. (SZ, 26.6.92)

Zur 'Normalisierung' der deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen wird auch die besondere Berücksichtigung Deutschlands bei der Auftragsvergabe durch die zur Zeit in Europa befindliche chinesische Einkaufsdelegation beitragen. Während die Einkaufsdelegation an deutsche Unternehmen im letzten Jahr lediglich Aufträge im Werte von 150 Mio.DM vergeben hatte, wird diesmal das Auftragsvolumen rund 500 Mio.DM ausmachen. Dies kündigte der Leiter der chinesischen Einkaufsdelegation und stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Planungskommission, Gan Ziyu, vor dem Arbeitskreis China des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft an. Vorgesehen sind Bestellungen von Chemieanlagen, Düngemittelfabriken, von Hütententechnik, Elektronik, Meßgeräten und sonstigen Instrumenten, Werkzeugmaschinen, Einrichtungen für die Konsumgüterindustrie sowie Druckmaschinen, die alle außerhalb der normalen Bezüge in Auftrag gegeben werden. (FAZ, 7.7.92)

Gan Ziyu zufolge strebt China eine ausgeglichene bilaterale Handelsbilanz an und wird deshalb auch in den folgenden zwei Jahre weitere Großaufträge an Deutschland vergeben. Im letzten Jahr mußte Deutschland im Handel mit China ein weiteres Defizit in Höhe von 7,5 Mrd. DM hinnehmen, und auch im 1.Quartal 1992 konnte

China trotz der schnellen Erhöhung der deutschen Exporte noch einen Überschuß von rund 2 Mrd. DM verbuchen. (FZ, 7.7.92) -schü-

*(23)

Erneute Verlängerung der Meistbegünstigung durch USA

Der Vergabe der Meistbegünstigung an China für ein weiteres Jahr ging auch diesmal eine längere Diskussion und anhaltender Widerstand des amerikanischen Kongresses voraus. Präsident Bush machte erneut von seinem Vetorecht Gebrauch und begründete die Verlängerung wie im letzten Jahr damit, daß ein Entzug des Meistbegünstigungsstatus der Einhaltung der Menschenrechte nicht dienlich sei und China isolieren würde. Auch wären mit diesem Schritt negative Wirkungen für die amerikanische Wirtschaft in Form von Arbeitsplatzverlusten und finanziellen Einbußen verbunden. [Ihre Höhe wird auf 7 Mrd.US\$ amerikanischer Exporte und 100.000 Arbeitsplätze geschätzt: SCMP, 13.5.92] Gleichwohl wies Bush darauf hin, daß die Beziehungen zu China nicht als "normal" betrachtet werden könnten, solange sich die chinesische Regierung nicht stärker bemühe, die Menschenrechte zu respektieren. (NZZ, 5.6.92)

Sowohl im Senat als auch im Kongreß wurden gleichzeitig Gesetzesvorschläge eingebracht, um die Verlängerung der Meistbegünstigung an die Verbesserung der Menschenrechtssituation in China, an die Einhaltung von Restriktionen bei Waffenexporten und Verbreitung von Atomtechnologie sowie an einen verbesserten Zugang amerikanischer Unternehmen zum chinesischen Markt zu binden. Die Vorschläge sehen vor, daß bei einer Nichtbeachtung der Auflagen die Meistbegünstigung entfällt, mit der Folge, daß die Importzölle für chinesische Produkte von rund 3% auf durchschnittlich 60% steigen würden. In Abwandlung des bereits im letzten Jahr vorgelegten Gesetzesvorschlag sollen nunmehr bei einer Nichtbeachtung der Restriktionen lediglich staatliche Unternehmen keine Meistbegünstigung mehr erhalten; private und Joint-Venture-Unternehmen würden davon ausgenommen. (SCMP, 4.6.92) Nach Einschätzung der *NfA* vom 16.6.92 würde sich in der Praxis jedoch kaum feststellen lassen, welches

Unternehmen die Produkte hergestellt hat und somit eine Kontrolle der Auf-lagen schwierig werden.

Im letzten Jahr stieg das Defizit der USA im Handel mit China auf 12,6 Mrd.US\$. Trotz eines deutlichen Anstiegs der amerikanischen Exporte nach China in den ersten Monaten dieses Jahres ergab sich ein Defizit für die USA von 4,5 Mrd.US\$ bis zum April. (SCMP, 19.6.92) Wie die *NfA* in ihrem Bericht vom 16.6.92 hinweist, besteht ein Großteil der amerikanischen Importe aus Billigprodukten, die im Inland selbst nicht mehr wettbewerbsfähig produziert oder durch andere Einfuhren ersetzt werden könnten. So würden nach Schätzungen verschiedener Fachverbände die Discounter im Einzelhandel rund 40% ihres Warensortiments, das von Familien mit niedrigen Einkommen nachgefragt wird, aus China beziehen.

Insgesamt importiert die USA aus China überwiegend Spielzeug, Sportgeräte, Bekleidung, Koffer und Aktentaschen, während die amerikanischen Exporte u.a. Flugzeuge, Handelsdünger, Weizen, Baumwolltextilien und wissenschaftliche Geräte/Instrumente umfassen. (NfA, 16.6.92) -schü-

*(24)

Wertverlust für chinesische Währung auf den Devisenwap-Märkten

Anfang Juni 1992 sank der durchschnittliche Wert des Renminbi-Yuan gegenüber dem Dollar auf den Devisen-Swapmärkten auf 1 US\$ = 6,3 RMB gegenüber 1 US\$ = 5,8 RMB im März d.J. Der Wertverlust der chinesischen Währung war auf den Swap-Märkten im Süden des Landes noch höher. In Fuzhou beispielsweise fiel der RMB bereits Mitte März auf 1 US\$ = 6,07 RMB und betrug Anfang Juni in Shenzhen und Guangzhou 1 US\$ = 6,8 RMB. Der amtliche Wechselkurs blieb jedoch unverändert und betrug am 8.6.92 bei 1 US\$ = 5,49 RMB.

Nach Einschätzung eines Vertreters der Staatlichen Administration für Devisenkontrolle näherte sich das Preisniveau des US-Dollars damit deutlich dem Preisniveau des Jahres 1988, das durch eine überhitzte Wirtschaftsentwicklung gekennzeichnet gewesen sei. (XNA, 9.6.92)

Auf den Devisen-Swapmärkten können die chinesischen Unternehmen und Institutionen Devisenrechte anbieten und nachfragen, zusätzlich zu den ihnen von der Regierung zugeteilten Devisenquoten. In den letzten zwei Jahren überstieg das Devisenangebot auf den Swapmärkten deutlich die Nachfrage und der Wechselkurs blieb relativ konstant. Als Grund für den Anstieg der Devisennachfrage wird von chinesischen Experten die Lockerung der Kontrolle über das Geldangebot genannt; diese habe den Unternehmen einen verstärkten Zugang zu Finanzmitteln ermöglicht. Die Nachfrage nach Devisen sei auch gestiegen, weil die Zentralregierung zum 1. April d.J. die Importzölle für eine Reihe von Gütern reduziert habe. Mit steigenden Importen habe sich auch die Nachfrage nach Devisen erhöht.

Wie die chinesische Zollstatistik zeigt, nahmen die Importe in den ersten fünf Monaten d.J. um 21,4% gegenüber der Vorjahresperiode zu bzw. betragen 26,21 Mrd.US\$. (CD, *Business Weekly*, 14.-20.6.92) -schü-

*(25)

Ausländische Unternehmen im Dienstleistungssektor

Um den Ausbau des Dienstleistungssektors zu beschleunigen, sollen nunmehr ausländische Investoren auch in Bereichen wie Einzel- und Außenhandel, Transport, Immobilien, Versicherungen und im Bankengeschäft mit Währungsansaktionen in größerem Umfang zugelassen werden.

Einem Bericht der Xinhua vom 9.6.92 nach erfolgten bereits die ersten Schritte für ein ausländisches Engagement im Einzelhandel. So wird die Yaohan International Group of Japan als erster ausländischer Investor in den chinesischen Einzelhandel einsteigen. Zusammen mit dem Shanghai Kaufhaus Nr. 1 wird die Yaohan in der Neuen Entwicklungszone Pudong in Shanghai ein Kaufhaus gründen. Das gesamte Investitionsvolumen beträgt 100 Mio. US\$; der chinesische Anteil macht 45% aus. Das Kaufhaus wird eine Verkaufsfläche von 122.000 m² haben und soll Ende 1995 eröffnet werden. (XNA, 10.6.92) Auch in anderen Großstädten wie Beijing, Tianjin, Guangzhou und in Shenzhen sind Kaufhäuser als Joint-Venture-Unter-

nehmen mit ausländischen Partnern geplant. In Beijing beispielsweise wird mit Beteiligung der Hongkonger Sun Hung Kai Properties Ltd. der Dong'an-Markt in der Wangfujing-Straße umgebaut. Das Projekt umfaßt ein Investitionsvolumen von 255 Mio. US\$ und sieht eine Kooperationsdauer von 50 Jahren vor. Auf mehreren Etagen entsteht ein Kaufhaus mit einer Verkaufsfläche von rund 100.000 m². (XNA, 19.6.92)

Die Zulassung ausländischer Investoren im Einzelhandel soll nach Angaben eines Sprechers des Handelsministeriums die staatlichen und kooperativen Einzelhandelsunternehmen beleben, die durch die Ausweitung des privaten Einzelhandels mit überaus flexiblem Management ihre führende Marktposition in Frage gestellt sehen. Ausländische Investoren werden deshalb nicht nur wegen ihres finanziellen Engagements begrüßt, sondern auch weil sie moderne Managementmethoden mitbringen. Da die staatlichen Einzelhandelsunternehmen einen leichteren Zugang zu den wichtigsten Markenprodukten, landwirtschaftlichen Produkten und lokalen Spezialitäten haben, böten sie sich als Partner für ausländische Investoren an. (XNA, 17.6.92)

Dem Bericht der Xinhua vom 9.6.92 zufolge hat sich auch das ausländische Engagement im Finanzsektor verstärkt. In den fünf Sonderwirtschaftszonen Shenzhen, Zhuhai, Shantou, Xiamen und Hainan sowie in Shanghai haben sich bereits 270 Finanzinstitutionen für Bankgeschäfte, Versicherungen und Dienstleistungen für Auslandsunternehmen niedergelassen. Inzwischen ist auch die Gründung von Bankfilialen in Guangzhou, Tianjin und Dalian genehmigt worden.

Ein Engagement im Außenhandel mit Gründung von Außenhandelsgesellschaften ist ausländischen Investoren bereits in der Zollfreizone Waigaoqiao in Shanghai möglich. Auch im Immobiliensektor soll es bereits eine größere Zahl von sino-australischen Joint Ventures geben, die Landerschließungsprojekte und Immobiliengeschäfte durchführen. -schü-